Ä1 Den Planeten retten jetzt oder nie!

Antragsteller*in: Nando Spicker

Änderungsantrag zu WK1

Von Zeile 8 bis 10:
Erneuerbaren Energien kommen. Das Landesklimaschutzgesetz soll mit dem Ziel überarbeitet werden, dass Rheinland-Pfalz bis spätestens ~~2040~~2035 klimaneutral wird. Die Solarenergie wollen wir durch eine Solarpflicht bei Neubauten, Sanierungen

Begründung

Ich denke es macht Sinn sich der Forderung von FFF anzuschließen. Wir tragen die Verantwortung dazu und wir können es. Die GJ BW fordert das übrigens auch.

Ä2 Den Planeten retten jetzt oder nie!

Antragsteller*in: Nando Spicker

Änderungsantrag zu WK1

Von Zeile 58 bis 61:
Unsere Wirtschaft muss ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten. Gerade manche Start-ups und mittelständische Unternehmen leisten durch Innovationen ~~ihren~~einen Beitrag zu einer nachhaltige~~n~~ren Wirtschaft. Daher wollen wir entsprechende Start-ups unterstützen und in allen Oberzentren Start-up Hubs und Co-Working Spaces einrichten. Die innovative

Begründung

Der Satz lobt Unternehmen sehr pauschal. Und insgesamt würde ich das ganze etwas zurückhaltender formulieren. Wir sind leider weit von einer "nachhaltigen Wirtschaft" entfernt.

Ä3 Den Planeten retten jetzt oder nie!

Antragsteller*in: Nando Spicker

Änderungsantrag zu WK1

Von Zeile 44 bis 46:
klimafreundlichen Landwirtschaft. Die EU-Subventionen für die Landwirtschaft sollen sich nach ökologischen Kriterien ~~orientieren~~richten. Wir wollen kleinere, bäuerliche und dezentrale landwirtschaftliche Betriebe unterstützen, um die

Ä4 Den Planeten retten jetzt oder nie!

Antragsteller*in: Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück)

Änderungsantrag zu WK1

Von Zeile 52 bis 53 einfügen:
Um den Ökotourismus zu fördern, soll das Land eine „Dachmarke Ökotourismus“ etablieren. Außerdem soll für die Landes- und Bundesgartenschauen in Rheinland-Pfalz eine nachhaltige Tourismusstrategie entwickelt werden. Um die von der Corona-Pandemie hart getroffene Tourismusbranche zu unterstützen, setzen wir uns für weitere Unterstützung des Landes im Bereich der Werbekampagnen, der Digitalisierung des Gastgewerbes sowie der Förderung nachhaltiger Infrastrukturmaßnahmen ein.

Begründung

Mir kommt der Tourismus, einer der wichtigsten Wirtschaftszweige in RLP, im Wahlprogramm viel zu kurz. Die Branche hat durch Corona enorm gelitten und ist auf staatliche Unterstützung angewiesen, diese sollte in Kombination mit nachhaltigen Investitionen realisiert werden.

Ä5 Den Planeten retten jetzt oder nie!

Antragsteller*in: Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück)

Änderungsantrag zu WK1

Von Zeile 60 bis 62:
einer nachhaltigen Wirtschaft. Daher wollen wir Start-ups unterstützen und in allen Oberzentren Start-up Hubs und Co-Working Spaces einrichten. ~~Die~~Auch die innovative On-Demand Produktion durch 3D-Drucker wollen wir finanziell ~~fördern~~unterstützen. Für solche Fördermaßnahmen wollen wir die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) zu einer echten Klimabank weiterentwickeln, die Unternehmen im Land bei der sozial-ökologischen Transformation unterstützt.

Begründung

Die ISB ist ein wichtiges Vehikel des Landes zur Unterstützung der Wirtschaft (z.B. bei der Auszahlung von Corona-Hilfen oder bei der Förderung von Investitionsmaßnahmen). Wir sollten uns für eine Weiterentwicklung der ISB zu einer "Klimabank" einsetzen, die als Förderbank des Landes ökologische Modernisierungsleistungen der Unternehmer*innen finanziell und mit Beratung unterstützt.

Ä6 Den Planeten retten jetzt oder nie!

Antragsteller*in: Fabian Ehmann

Änderungsantrag zu WK1

Von Zeile 34 bis 36 einfügen:
rheinland-pfälzischen Wälder in Zukunft von der Bewirtschaftung ausgenommen werden. Der Nationalpark Hunsrück-Hochwald soll großzügig in Richtung Idarwald erweitert werden. Die Kühlungsfunktion der Wälder in der Klimakrise soll gezielt gefördert werden. Um in Rheinland-Pfalz die Förster der Zukunft auszubilden, soll am

Ä1 Nachhaltig unterwegs in der Stadt und auf dem Land

Antragsteller*in: Nando Spicker

Änderungsantrag zu WK2

Von Zeile 3 bis 7:
nach B kommt. Möglich machen soll dies eine Mobilitätsgarantie: Das Land soll garantieren, dass man ~~einmal stündlich zwischen 6 Uhr und 23 Uhr mit dem ÖPNV in den nächsten Ort bzw. die nächste Stadt kommt. Hierbei kann in sehr ländlichen Regionen auch auf Kleinbusse gesetzt werden. Anruf-Sammel-Taxis sind kein Teil der Lösung für einen guten und ansprechenden Nahverkehr.~~zwischen 6 Uhr und 23 Uhr ohne lange Wartezeiten auch ohne den eigenen PKW in den nächsten Ort bzw. die nächste Stadt kommt. In dünn besiedelten Gegenden fordern wir ein Umdenken hin zu Sharing-Konzepten, zu Ruf-Konzepten oder intelligentem Zusammenschließen verschiedener Mobilitätsformen.

Begründung

An dieser Stelle sollten wir uns nicht zu sehr auf eine vermeintliche Lösung oder Nicht-Lösung versteifen. Es gibt Gegenden an denen Sharing-, Ruf- oder andere Konzepte einfach mehr Sinn machen als ein Bus der menschenleer durch die Walachei gurkt oder Busse, die nur jede Stunde fahren und keinem arbeitenden Menschen etwas bringen. Hier ist vor allem ein Umdenken und Umschauen gefragt. Es gibt bereits erfolgreiche Modelle, die genau solche modernen Mobilitätsformen testen.
Ich habe mich hier übrigens an einer Stelle aus dem Beschluss der GJ aus dem Jahr 2018 orientiert ("Halten Sie sich links - Mobilität braucht Visionen").

Ä2 Nachhaltig unterwegs in der Stadt und auf dem Land

Antragsteller*in: Maurice Kuhn

Änderungsantrag zu WK2

Von Zeile 9 bis 10 einfügen:
reaktiviert werden, um das Land endlich flächendeckend gut mit Nahverkehr zu versorgen.

Damit die Mobilitätswende klimaneutral gestaltet wird, soll das Schienennetz für den Schienenpersonennahverkehr in Rheinland-Pfalz flächendeckend elektrifiziert werden. Wir streben eine vollständige Elektrifizierung des Schienennetzes in Rheinland-Pfalz an. Dort, wo der Ausbau von Oberleitungen nicht möglich ist, sollen Dieseltriebwagen durch batteriebetriebene oder wasserstoffbetriebene Fahrzeuge ersetzt werden.

Begründung

Die Elektrifzierung des Schiennetzes in RLP ist grottig. Nur 42% (Stand 2018) des Schienennetzes sind elektrifiziert. Wenn wir Verkehr mehr auf die Schiene verlagern wollen und dafür das Schienennetz ausbauen wollen, muss dies mit Blick auf eine klimaneutrale Mobilitätswende elektrifiziert geschehen.

Ä1 Bildung miteinander leben

Antragsteller*in: Nando Spicker

Änderungsantrag zu WK3

Von Zeile 56 bis 57:
Unser Schulsystem trennt ~~Schüler~~Schüler*innen schon früh nach vermeintlicher Leistungsstärke. Dies wollen wir beenden. Längeres gemeinsames Lernen ist wichtig und sinnvoll.

Ä2 Bildung miteinander leben

Antragsteller*in: Nando Spicker

Änderungsantrag zu WK3

Von Zeile 10 bis 12:
fordern daher neue Inklusionskonzepte zu schaffen, die gleichzeitig die individuellen Bedürfnisse behinderter Menschen erfüllen und eine ~~Teilnahme~~gleichberechtigte Teilhabe am Alltag der übrigen Bevölkerung ermöglichen.

Ä3 Bildung miteinander leben

Antragsteller*in: Nando Spicker

Änderungsantrag zu WK3

Von Zeile 21 bis 22:
Außerdem fordern wir die ~~kurzfristige~~zeitnahe Angleichung der Lehrer*innengehälter der verschiedenen Schulformen. Die Arbeit einer Grundschullehrkraft ist genauso

Ä4 Bildung miteinander leben

Antragsteller*in: Nando Spicker

Änderungsantrag zu WK3

Von Zeile 29 bis 30 einfügen:
Sozialarbeiter*in zu fördern und so Anreize zu schaffen, auch nach der Ausbildung in Rheinland-Pfalz zu arbeiten.[Absatz]Modellschulen, an denen neue Lernkonzepte getestet werden, sollen noch stärker gefördert werden. Andere Schulen werden dabei unterstützt, erfolgreiche Konzepte selbst einzuführen.

Ä5 Bildung miteinander leben

Antragsteller*in: Nando Spicker

Änderungsantrag zu WK3

Von Zeile 54 bis 55:
Daher fordern wir bis zur Oberstufe die Abschaffung von Noten, ~~um das Lernen von Fähigkeiten und Wissen zu fördern~~zugunsten der Einführung invidueller Lern- und ~~nicht, um Noten kriegen~~Entwicklungsberichte, verbunden mit Selbsteinschätzungen.

Begründung

Es gibt viele Gründe, weshalb Schulnoten abgeschafft werden sollten, ich denke es ist nicht nötig einen dieser Gründe zu nennen, zumal das Argument recht schwammig klingt.

Ich denke es ist sinnvoll, zu sagen, was unsere Alternative zu Noten ist.

Ä6 Bildung miteinander leben

Antragsteller*in: Nando Spicker

Änderungsantrag zu WK3

Von Zeile 56 bis 61:
Unser Schulsystem trennt Schüler schon früh nach vermeintlicher Leistungsstärke. Dies wollen wir beenden. ~~Längeres gemeinsames Lernen ist wichtig und sinnvoll. Wir sollten nicht nach vermeintlicher Stärke selektieren, sondern Schüler*innen gezielt und individuell nach Talenten fördern und sich gegenseitig unterstützen lassen.~~ Gemeinsames Lernen ist wichtig und sinnvoll. Wir fordern daher die Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems in Rheinland-Pfalz. Auf einer Schule für alle sollten Schüler*innen dabei unterstützt werden, ihre individuellen Interessen und Potenziale zu entfalten. Zudem soll es Schüler*innen ermöglicht werden, miteinander und voneinander zu lernen. Dazu gehören auch kleinere Klassen mit einem höheren Personalschlüssel um jede*n Schüler*in auch wirklich individuell zu fördern. Wenn all dies

Begründung

Schüler*innen sollten insgesamt nie selektiert werden bzw. erst dann, wenn sie selbstständig die Schule z. B. nach zehn Jahren verlassen, während andere noch weitermachen.

Das Wort "Talente" würde ich eher durch Interessen und Potenziale ersetzen, da es nicht nur um akademische Höchstleistung geht, sondern auch um Freude am Lernen und psychische Gesundheit.

Ä7 Bildung miteinander leben

Antragsteller*in: Nando Spicker

Änderungsantrag zu WK3

Von Zeile 59 bis 61:
gezielt und individuell nach Talenten fördern und sich gegenseitig unterstützen lassen. Dazu gehören auch ~~kleinere Klassen~~Lernkonzepte mit einem höheren Personalschlüssel um jede*n Schüler*in auch wirklich individuell zu fördern. Wenn all dies

Begründung

Ich würde zumindest die Möglichkeit offen lassen, dass Schulen ganz andere Konzepte ohne die klassischen Klassen verfolgen.

Ä8 Bildung miteinander leben

Antragsteller*in: Nando Spicker

Änderungsantrag zu WK3

Von Zeile 78 bis 82:
Politik besser informiert als Erwachsene. Trotzdem haben sie in Rheinland-Pfalz bis jetzt keine Möglichkeit mitzubestimmen, wie ihre Zukunft aussehen soll. ~~Wir fordern daher Wahlalter 16 bei Kommunal- und Landtagswahlen. Andere Bundesländer wie Brandenburg, Bremen und Schleswig-Holstein machen es vor, Rheinland-Pfalz muss jetzt nachziehen.~~Wir unterstützen daher die Forderung nach einem Wahlalter 16 bei Kommunal- und Landtagswahlen. Jedoch ist jede Altersbeschränkung willkürlich und schwer mit dem Demokratieprinzip vereinbar, nach welchem alle Menschen ein Recht auf Mitbestimmung haben. Gerade Kinder brauchen ein Wahlrecht, um ihre Interessen in einer alternden Gesellschaft kenntlich machen zu können. Wir fordern daher die Abschaffung der Wahlaltergrenze. Bis zum vollendeten 14. Lebensjahr soll es zur Wahrnehmung des eigenen Wahlrechts notwendig sein, sich selbstständig und persönlich auf der jeweiligen Behörde in das Wähler*innenregister eintragen zu lassen.

Ä10 Bildung miteinander leben

Antragsteller*in: Lilly Gothe

Änderungsantrag zu WK3

Von Zeile 101 bis 102:
~~Wir wollen Nachhaltigkeitsbüros an Hochschulen fördern, welche den Alltag an Hochschulen in Zusammenarbeit mit Studierenden nachhaltiger gestalten sollen.~~

Hochschulen spielen auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunft eine besondere Rolle als Orte, an denen sich zukünftige Multiplikator*innen umfassend bilden. Hier muss das Potenzial von Transformationen weiter gefördert werden, durch eine flächendeckende Implementierung von fachbereichsübergreifender Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Lehre. Zugleich müssen die Institutionen mit gutem Beispiel vorangehen und ihre betrieblichen Aufgaben anhand von ökologischen Kriterien ausrichten. Im Forschungsbereich gilt es, innovative Lösungen für eine sozial verträgliche Implementierung technologischer Neuerungen zu entwickeln. Um die Hochschulen bei diesen Aufgaben zu unterstützen, sollten Nachhaltigkeitsbüros zur Koordination dieser Aufgaben finanziert werden. Eine Berichterstattung über die bisherigen Aktivitäten, sowie die Erarbeitung einer Nachhaltigkeitsstrategie unter Einbezug aller beteiligten Statusgruppen sind ebenfalls unabdingbar.

Begründung

Hochschulen spielen eine besondere Rolle innerhalb der sozial-ökologischen Transformation unserer Gesellschaft. Hier lassen sich wegweisende Lösungen entwickeln, deshalb ist es umso wichtiger die Hochschulen in ihrem eigenen Transformationsprozess dabei zu unterstützen.

Ä11 Bildung miteinander leben

Antragsteller*in: Lorcan Rogel

Änderungsantrag zu WK3

Von Zeile 101 bis 102 einfügen:
Wir wollen Nachhaltigkeitsbüros an Hochschulen fördern, welche den Alltag an Hochschulen in Zusammenarbeit mit Studierenden nachhaltiger gestalten sollen.

Wir setzen uns dafür ein, dass auch die Studierendenschaft mit einer Vertretung im Präsidium mitwirkt.

Begründung

folgt mündlich

Ä12 Bildung miteinander leben

Antragsteller*in: Lorcan Rogel

Änderungsantrag zu WK3

Von Zeile 101 bis 102 einfügen:
Wir wollen Nachhaltigkeitsbüros an Hochschulen fördern, welche den Alltag an Hochschulen in Zusammenarbeit mit Studierenden nachhaltiger gestalten sollen.

Wir möchten die Mitbestimmungsrechte aller Statusgruppen im Senat stärken. Daher setzen wir uns dafür ein, dass professorale Mehrheiten nur bei gesetzlicher Pflicht hergestellt werden.

Begründung

folgt mündlich

Ä13 Bildung miteinander leben

Antragsteller*in: Lorcan Rogel

Änderungsantrag zu WK3

Von Zeile 99 bis 100 einfügen:
der Universitäten Koblenz und Landau. Zusätzlich zu Trier und Mainz soll der Aufbau einer Unimedizin in Koblenz und Kaiserslautern geprüft werden.

Begründung

folgt mündlich

Ä14 Bildung miteinander leben

Antragsteller*in: Elias Langer

Änderungsantrag zu WK3

Von Zeile 29 bis 30 einfügen:
Sozialarbeiter*in zu fördern und so Anreize zu schaffen, auch nach der Ausbildung in Rheinland-Pfalz zu arbeiten.

Wir wollen günstigen Wohnraum fördern, insbesondere für Auszubildende und Studierende.
Die Wohnheime der Studierendenwerke in RLP sollen auch für Auszubildende geöffnet werden.
Die Studierendenwerke sollen bei der Schaffung von günstigem Wohnraum vom Land RLP angemessen finanziell unterstützt werden.

Begründung

Die Grüne Jugend RLP setzt sich dafür ein, dass alle, unabhängig vom Elternhaus, gleichberechtigt in RLP studieren können. Hierfür ist auch günstiger Wohnraum maßgebend. Eine besondere Rolle spielen dabei die Studierendenwerke. Die Aufgabe der Studierendenwerke, unter staatlicher Trägerschaft, ist es, günstigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen, damit auch Kinder aus einkommensschwachen Familien die selben Bildungszugangschancen haben.

Die Realität in Rheinland Pfalz sieht leider anders aus. In Mainz sind die Studierendenwerksmieten bundesweit am teuersten. Der Durchschnitt von 338€ liegt weit über dem Bundesschnitt von 250€. Im BAföG sind für das Wohnen 315€ vorgesehen. In Mainz können Studierende ohne das Elternhaus also noch nicht einmal die Miete aus dem im BaföG dafür vorgesehenen Teil zahlen und müssen bei anderen wichtigen Punkten abstriche machen.

Die Ursachen dieser Misere sind seit vielen Jahren in der Rheinland-Pfälzischen Landespolitik verankert. Erst seit wenigen Jahren wurde die Förderung Studentischen Wohnens in einer Föderrichtlinie verankert. Davor gab es eine Lücke. Besonders vor der Förderung wurden, gerade in Mainz viele Wohnheimsplätze geschaffen. Da es zu diesem Zeitpunkt jedoch noch keine Förderung gab, wurden für den Bau Schulden aufgenommen, die nun über die Mieten der Studierenden abgetragen werden - und diese beträchtlich nach oben treiben. Wie problematisch dies ist, zeigt sich gerade in der Coronakrise. Während andere Studierendenwerke noch immer Wartelisten haben, gibt es in Mainz Leerstandsraten von bis zu Zehn Prozent. Dies führt zu massiven Mietausfällen. Da das Land noch immer nicht unterstützt, kann das Studierendenwerk Mainz seine Tilgungsraten bei den Banken derzeit nicht in vollem Umfang abzahlen und die Rückzahlungen werden nach hinten geschoben - auf Kosten zukünftiger Studierendengenerationen.

Diesen unhaltbaren Zustand wollen wir ändern. Die Studierendenwerke sollen bei der Erfüllung Ihrer Aufgaben endlich die Unterstützung erhalten, die sie dringen benötigen.

Ä15 Bildung miteinander leben

Antragsteller*in: Jannik Volk

Änderungsantrag zu WK3

Von Zeile 101 bis 102 einfügen:
Wir wollen Nachhaltigkeitsbüros an Hochschulen fördern, welche den Alltag an Hochschulen in Zusammenarbeit mit Studierenden nachhaltiger gestalten sollen.

Die Hochschulen sollen in Forschung, Lehre und Studium ausschließlich friedliche Zwecke verfolgen. Daher fordern wir eine Zivilklausel an rheinland-pfälzischen Hochschulen.

Begründung

Freiheit bedeutet auch Verantwortung. Hochschulen spielen auch in der gesellschaftlichen Meinungsbildung eine wichtige Rolle. So werden Bildung und Wissenschaft als Lösungsgeber*innen für gesellschaftliche Probleme herangezogen und tragen den entsprechenden Beitrag hin zu einer demokratischen, friedlichen und nachhaltigen Gesellschaft. Hochschulen müssen daher ihrer Vorbildfunktion gerecht werden und sich friedlichen Zielen verpflichten. Dem häufig vorgebrachten Argument, eine Zivilklausel sei unangebracht, da sie durch die Schwierigkeiten der Abgrenzung von Forschungsgebieten kaum umsetzbar sei, sind die vielen Hochschulen mit Zivilklauseln entgegenzusetzen. Neben den Bundesländern Bremen und Thüringen haben verschiedene Hochschulen Zivilklauseln eingeführt, womit sich zeigt, dass Zivilklauseln sehr wohl praktisch umsetzbar sind und keine Neuerung in der Hochschullandschaft darstellen.

Ä16 Bildung miteinander leben

Antragsteller*in: Jannik Volk

Änderungsantrag zu WK3

Von Zeile 101 bis 102 einfügen:
Wir wollen Nachhaltigkeitsbüros an Hochschulen fördern, welche den Alltag an Hochschulen in Zusammenarbeit mit Studierenden nachhaltiger gestalten sollen.

Wir fordern die Abschaffung der Zweitstudiengebühren.

Begründung

Wir sollten den Ansatz vertreten, dass jede Art von Bildung grundsätzlich gebührenfrei sein sollte. Bildungsgebühren führen zu sozialer Selektion, weil sie Gruppen von Menschen aus vor allem sozioökonomischen Gründen den Zugang zu Bildung deutlich erschweren. Kinder von Akademiker*innen finden in 77% der Fälle den Weg an eine Hochschule, während nur 23% der Kinder aus nicht-Akademiker*innen-Familien ein Studium beginnen. Neben dem hohen Verwaltungsaufwand, der ohne besonders hohe Einnahmen betrieben werden muss, werden auch internationale Studierende, die bereits einen ausländischen Abschluss erhalten haben, durch die hohen Gebühren von einem weiteren Studium in Rheinland-Pfalz abgehalten bzw. abgeschreckt. Auch besonders leistungsstarke Studierende werden im Zuge der Zweitstudiengebühren von einer Doppeleinschreibung abgehalten.

Ä17 Bildung miteinander leben

Antragsteller*in: Maurice Kuhn (KV Ludwigshafen)

Änderungsantrag zu WK3

Von Zeile 29 bis 30 einfügen:
Sozialarbeiter*in zu fördern und so Anreize zu schaffen, auch nach der Ausbildung in Rheinland-Pfalz zu arbeiten.Gerade weil die Schulsozialarbeit eine immer wichtigere Rolle an Schulen einnimmt besonders im Hinblick auf immer mehr Ganztagsschul-Angebote, braucht es eine flächendeckende Versorgung von Schulsozialarbeiter*innen an allen Schulformen. Dazu sollen die Fördermittel für kommunale Schulträger zur Finanzierung von Schulsozialarbeiter*innen-Stellen erhöht und verstetigt werden und neben der Stellenfinanzierung auch eine Förderung des Budgets der Schulsozialarbeiter*innen-Stelle enthalten, was frei für Projekte und Ausstattung der Schulsozialarbeit an den jeweiligen Schulen verfügbar sein kann.

Begründung

Die Schulsozialarbeit wird immer wichtiger, weil Schüler*innen besonders durch mehr Angebote von Ganztagsschulen immer länger in der Schule sind und sich dort ein wesentlicher Teil der persönlichen Entwicklung abspielt. Schulsozialarbeiter*innen können Lehrkräfte durch Kompetenzen aus dem Bereich der Sozialen Arbeit wesentlich ergänzen und das Schulklima stärken. Neben der Förderung von Schulsozialarbeiter*innen-Stellen ist es auch wichitg, dass Schulsozialarbeiter*innen für ihre Arbeit ein frei verfügbares, ausreichendes Budget haben, um z.B. Schulungsmaterial oder Material für Projekte finanzieren zu können. Da dieses Budget oft in den zusammengekratzten kommunalen Haushalten beschieden wird, können Schulsozialarbeiter*innen durch Landesförderung dadurch mehr Handlungsspielraum haben.

Ä1 Unsere Gesellschaft von morgen

Antragsteller*in: Nando Spicker

Änderungsantrag zu WK4

Von Zeile 37 bis 39 einfügen:
Gesetzes. Dadurch würden alle Parteien in Rheinland-Pfalz verpflichtet, ihre Wahllisten - neben der Aufstellung von nicht-binären Personen - abwechselnd mit Männern und Frauen zu besetzen und somit eine Frauenquote von 50 Prozent erreicht werden.

Ä2 Unsere Gesellschaft von morgen

Antragsteller*in: Nando Spicker

Änderungsantrag zu WK4

Von Zeile 37 bis 39 löschen:
Gesetzes. Dadurch würden alle Parteien in Rheinland-Pfalz verpflichtet, ihre Wahllisten abwechselnd mit Männern und Frauen zu besetzen ~~und somit eine Frauenquote von 50 Prozent erreicht werden~~.

Begründung

Soweit ich weiß wird dadurch das Parlament nicht automatisch paritätisch besetzt, da es ja auch noch Direktkandidat*innen gibt, deren Plätze nicht quotiert sind. Ich würde den Halbsatz einfach rausnehmen, das ändert am Sinn der Forderung nichts.

Ä3 Unsere Gesellschaft von morgen

Antragsteller*in: Nando Spicker

Änderungsantrag zu WK4

Von Zeile 59 bis 60 einfügen:
Kriegsgebiete wie Afghanistan oder Syrien erfolgen. Abschiebehaft muss beendet werden.

Wir fordern die Einrichtung eines Landesaufnahmeprogramms zur jährlichen Aufnahme einer bestimmten, vierstelligen Zahl an Schutzsuchenden. Zur Durchsetzung dessen muss die Landesregierung gemeinsam mit anderen Ländern Druck auf das Bundesinnenministerium ausüben und ihre rechtlichen Möglichkeiten prüfen sowie nötigenfalls Klagen in Betracht ziehen.

Begründung

Leider ist es natürlich leider in den meisten Fällen nicht möglich, dass das Land selbstständig Geflüchtete aufnimmt. Trotzdem sollten wir uns klar dazu bereit erklären und so kontinuierlichen Druck auf das Bundesinnenministerium ausüben. Dieser regelmäßige Kampf darum, dass in jeder neuen Krisensituation darum gebettelt werden muss, dass RLP sich bereit erklärt, Menschen aufzunehmen, muss beendet werden.
Es gibt zudem bereits jetzt nach geltendem Recht Möglichkeiten mehr Menschen aufzunehmen. Diese müssen nur ausgeschöpft werden.

Ä4 Unsere Gesellschaft von morgen

Antragsteller*in: Aleksej Puzyrev (KV Trier-Saarburg)

Änderungsantrag zu WK4

Von Zeile 11 bis 12 einfügen:
Wir wollen für das Land Rheinland-Pfalz ein Anti-Diskriminierungsgesetz nach Berliner Vorbild durchsetzen. Es soll Entschädigungen für Betroffene vorsehen, den Beweis einer Diskriminierung dank Vermutungsregelung erleichtern und Verbandsklagerechte einräumen.

Begründung

Der große Vorteil des Antidiskriminierungsgesetzes in Berlin ist dessen Praxistauglichkeit. Beweiserleichterungen wie die Vermutungsregelung und die Möglichkeit, sich von Verbänden gerichtlich vertreten zu lassen, sind der Schlüssel dafür.

Damit Betroffene sich die Mühe machen, ihre Rechte durchzusetzen und Diskriminierungen durch öffentlich-rechtliches Handeln aufzuklären, müssen Anreize gesetzt werden. Daher müssen sie auch für Schäden, die nicht Vermögensschäden sind, eine Entschädigung in Geld erhalten.

Ä1 Der Staat als Helfer und nicht als Haudrauf

Antragsteller*in: Lorcan Rogel

Änderungsantrag zu WK5

Von Zeile 63 bis 65 einfügen:
Grünen haben sich erfolgreich für eine unabhängige Polizeibeauftrage eingesetzt. Diese muss mit mehr Kompetenzen, Mitteln und Personal ausgestattet werden, um Gewaltexzesse der Polizei wie bei Demos in Ingelheim und Worms zu unterbinden.

Begründung

Mehr Kompetenzen sind wichtig, aber es braucht auch Mittel und Personal um diese wahrzunehmen

Ä2 Der Staat als Helfer und nicht als Haudrauf

Antragsteller*in: Lorcan Rogel

Änderungsantrag zu WK5

Von Zeile 73 bis 75:
~~Den Taser lehnen wir als Waffe für die Polizei als zu gefährlich ab. Polizist*innen sollten als Helfer*innen ausgebildet werden und nicht schwerbewaffnet durch Städte laufen.~~

Polizist*innen sollten als Helfer*innen ausgebildet werden, der Fokus ihres Handels sollte dementsprechend auf Deeskalation gelegt werden, sie sollten nicht schwerbewaffnet durch Städte laufen. Deshalb lehnen wir den Taser und Handfeuerwaffen als standardmäßige Bewaffnung ab.

Begründung

Folgt mündlich

Ä3 Der Staat als Helfer und nicht als Haudrauf

Antragsteller*in: Lorcan Rogel

Änderungsantrag zu WK5

Von Zeile 45 bis 46 einfügen:
Mehr Prävention führt zu weniger Fällen vor Gericht, die sich derzeit massenhaft auf den Schreibtischen der Anwält*innen und Richter*innen sammeln.

Der Fokus des Strafvollzuges sollte stärker auf Aus- und Weiterbildungen liegen, damit verurteilte Straftäter*innen wieder ein Teil unserer Gesellschaft werden können und eine erneute Straffälligkeit verhindert wird.

Begründung

folgt mündlich

Ä4 Der Staat als Helfer und nicht als Haudrauf

Antragsteller*in: Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück)

Änderungsantrag zu WK5

Von Zeile 5 bis 7:
Probleme an die Verwaltung zu geben. Mit Hilfe eines Ticketsystems sollen sie schnell und unkompliziert Antworten auf ihre Eingaben erhalten. ~~Bei Neuanschaffungen~~Die Beschaffung des Landes ~~soll~~muss sich außerdem stärker an ökologischen und sozialen Faktoren orientieren, der ~~Fokus auf Nachhaltigkeit liegen~~niedrigste Preis genügt nicht als Entscheidungsgrundlage.

Begründung

Die Beschaffung des öffentlichen Sektors muss sich sowohl an sozialen als auch ökologischen Faktoren orientieren und beispielsweise ethische Standards und Gütesiegel für Neubeschaffungen verlangen. Das Land sollte zum einen eine Vorbildsrolle gegenüber dem privaten Sektor einnehmen, zum anderen hätte ein Paradigmenwechsel aufgrund des sehr hohen Investitionsvolumens einen enormen ökologischen und sozialen Effekt.

Ä5 Der Staat als Helfer und nicht als Haudrauf

Antragsteller*in: Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück)

Änderungsantrag zu WK5

Von Zeile 2 bis 3 löschen:
~~Wir brauchen endlich eine landesweite Umstellung und Förderung von E-Government-Strukturen.~~

Begründung

Dopplung zum fünften Absatz "Wir fordern landesweite E-Government-Strukturen (...)" ohne dass hier weitergehende Forderungen genannt sind. Ich würde den Satz streichen und ggf. den entsprechenden Absatz inhaltlich anreichern.

Ä6 Der Staat als Helfer und nicht als Haudrauf

Antragsteller*in: Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück)

Änderungsantrag zu WK5

Von Zeile 60 bis 61 einfügen:
Das heißt es müssen u.a. deutlich mehr Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund eingestellt werden. Außerdem sollen Polizist*innen die Möglichkeit bekommen, an zivilen Lehrgängen und Schulungen teilzunehmen, etwa durch eine Kooperation der Polizeihochschule mit zivilen Hochschulen und Universitäten.

Begründung

Eines der größten Probleme der Polizei, der Korpsgeist, wird durch die gemeinsame Ausbildung bzw. das Studium geformt, welches die angehenden Polizist*innen primär unter sich lässt und sie hierdurch nicht mit Zivilist*innen in einen inhaltlichen Austausch und Diskurs treten.

Ä7 Der Staat als Helfer und nicht als Haudrauf

Antragsteller*in: Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück)

Änderungsantrag zu WK5

Von Zeile 58 bis 59:
Die staatlichen Behörden und auch Vollzugsbehörden wie die Polizei müssen ~~allgemein~~ personell besser aufgestellt werden. Dabei soll darauf geachtet werden, dass die Behörden die Gesellschaft abbilden.

Von Zeile 66 bis 68 löschen:
~~Die personelle Ausstattung der Vollzugsbehörden, wie der Polizei, muss verbessert werden.~~ Es muss mehr Schulungen hinsichtlich Rassismus und häuslicher Gewalt geben. Die Polizei muss eine Fehlerkultur etablieren. Es darf keinen

Begründung

Es wird zwei mal geschrieben, dass die Behörden personell besser ausgestattet werden müssen. Ich finde, an der zweiten Stelle passt das nicht wirklich (inhaltlich geht es im vorherigen Absatz um Polizeigewalt und in den folgenden Zeilen um Rechtsextremismus), deshalb sollte diese gestrichen und die erste Nennung dafür inhaltlich ergänzt werden.

Ä8 Der Staat als Helfer und nicht als Haudrauf

Antragsteller*in: Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück)

Änderungsantrag zu WK5

Von Zeile 17 bis 18 einfügen:
Wir fordern eine landesweite Förderung von E-Government-Strukturen: unter Leitung des Landes soll so allen Bürger*innen über ein Portal die Kommunikation sowohl mit kommunalen

Von Zeile 21 bis 22 einfügen:
wird dies Verwaltungen und Bürger gleichermaßen entlasten und bildet einen elementaren Baustein der Strukturen von morgen. Kleine, kommunale Verwaltungen ohne entsprechende technische Expertise sollen bei der Umstellung auf digitale Strukturen auch personell unterstützt werden. Für Beamt*innen und Mitarbeiter*innen der Verwaltung müssen begleitende Kurse und Lernangebote zur Verfügung gestellt werden.

Begründung

In Kombination zum Änderungsantrag Ä5 (Streichung des ersten Satzes) soll der Absatz zu E-Government inhaltlich ergänzt werden. So ist es meiner Meinung nach eine logische Abfolge und keine Dopplung mehr. Den Hinweis zur Unterstützung kleiner, kommunaler Verwaltungen sowie der Verwaltungsangestellten halte ich für wichtig - oft fehlt vor Ort das Knowhow, um digitale Arbeit zu gewährleisten. Insbesondere ältere Mitarbeiter*innen fürchten digitale Innovationen aus Sorge um ihre Arbeitsplätze. Diese Angst muss ihnen genommen werden und sie müssen Unterstützung im Umgang mit modernener Informations- und Telekommunikationsinfrastruktur erhalten.

Ä9 Der Staat als Helfer und nicht als Haudrauf

Antragsteller*in: Maurice Kuhn (KV Ludwigshafen)

Änderungsantrag zu WK5

Von Zeile 71 bis 72 einfügen:
und der Polizei tätig sind. Wir fordern eine Studie zum Racial Profiling auf Landesebene.

Das staatliche Gewaltmonopol obliegt einzig der Polizei und der Justiz. Eine Ausstattung der kommunalen Vollzugsdienste/ Ordnungsämter mit Bewaffnung jeglicher Art lehnen wir ab ebenso wie polizeiähnliche Bezeichnungen von kommunalen Vollzugsdiensten. Die Polizei soll so ausgestattet werden, dass sie ihre polizeilichen Aufgaben in den Kommunen wahrnehmen kann. Eine Ausdehnung der Befugnisse kommunaler Vollzugsdienste auf polizeiliche Aufgaben lehnen wir entschieden ab.

Begründung

Es gibt immer wieder Debatten angestoßen von Kommunen in RLP, meist Städte wie z.B. Mainz, den kommunalen Vollzugsdienst (KVD)/ das Ordnungsamt stärker auszurüsten und Aufgabenbereiche auszuweiten. Dabei darf keine Hilfspolizei geschaffen werden, wo Verwaltungsmitarbeiter mit einer im Vergleich zu einer Polizeiausbildung kurzen Schulung dem staatlichen Gewaltmonopol sich annehmen.